

Freie Wähler:

ZUKUNFT SICHERN!

Mehr Informationen finden Sie rund um die Uhr unter: www.fw-bayern.de	3
A. Freie Wähler – der Bürger im Mittelpunkt der Politik	4
1. Die Bürgergesellschaft als Ziel	4
2. Verkrustete Strukturen aufbrechen	4
3. Politische Kultur: bürgernah, unabhängig, sachbezogen	5
B. Die Kommune als Keimzelle des Staates	6
1. Kommunen brauchen einen höheren Stellenwert	6
2. Mehr Freiraum für die Kommunen!	6
3. Förderwesen ändern	8
4. Öffentliche Daseinsvorsorge nicht „privatisieren“	8
C. Zukunft für den ländlichen Raum – für eine vernünftige Regionalpolitik	10
1. Gleichwertigkeit von Stadt und Land als Ziel	10
2. Potential des ländlichen Raumes besser nutzen	10
3. Bäuerliche Landwirtschaft und Kulturlandschaft erhalten	12
4. Gegen Zentralismus und Prestigegehabe	16
5. Die Städte zukunftsfähig machen	17
D. Arbeit muss sich wieder lohnen!	18
1. Der Sozialstaat muss bezahlbar bleiben	18
2. Auswüchse der Globalisierung eindämmen	18
3. Spaltung der Gesellschaft verhindern - Teufelskreise durchbrechen	19
4. Mittelstand als tragende Säule der Wirtschaft stärken	20
5. Innenstädte brauchen den Einzelhandel	22
6. Der öffentliche Dienst – unverzichtbar!	22
7. Eigentum – Triebfeder zur Arbeit und Grundlage des Wohlstands	23
E. Bildung – Schlüssel zur Zukunft	26
1. Bildung beginnt in der Familie	26
2. Tagesmutter/Kinderkrippe/Kindergarten.....	26
3. Erziehungsauftrag der Schulen wird immer wichtiger.....	27
4. Bildungsgrundsätze	28
5. Schulstrukturen sind zweitrangig.....	28
6. Unsere Forderungen für die einzelnen Schulformen	29
6.1 Grundschule – wohnortnah und überschaubar soll sie sein!.....	29
6.2 Hauptschule – von der Politik vergessen.....	30
6.3 Realschule – Lehrermangel!	32
6.4 G8 – ohne Einbeziehung der Betroffenen	33
6.5 Förderschule	34
6.6 Berufsschulen.....	34
6.7 Hochschule – in Bewegung	35
7. Erwachsenenbildung	35
F. Der Familie eine Chance!	37
1. Familien stützen die Gesellschaft	37
2. Familien entlasten	38
3. Senioren in die Gesellschaft zurückholen	38

Freie Wähler: ZUKUNFT SICHERN!

Wir leben noch in relativem Wohlstand. Trotzdem fürchtet die Mehrheit der Bevölkerung, dass wir in Zukunft unseren derzeitigen Lebensstandard nicht halten können. Geht es der nächsten Generation besser oder schlechter als uns? Tatsache ist, dass schon heute vieles „nicht mehr bezahlbar“ ist oder „nicht mehr erhalten werden kann“ - auch in Bayern! Schulen werden geschlossen, weil kleine Klassen angeblich „zu teuer“ sind. Lehrer sind knapp, obwohl wir weniger Schüler haben als früher. Es leben heute mehr Analphabeten unter uns als vor 20 Jahren. Ländliche Gebiete verlieren Einwohner, Wohnraum steht leer. Die Straßen sind heute in einem schlechteren Zustand als vor 10 Jahren. Bahnstrecken werden stillgelegt. Krankenhäuser und Hausarztpraxen auf dem Land „müssen geschlossen werden“. In vielen Branchen sinkt das Lohnniveau, ein Verdienst reicht oft nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren. Die öffentliche Verschuldung steigt trotz zunehmender Steuerlast. Eigentum wird immer stärker belastet. Sozialverbände berichten von zunehmender Armut, Perspektivlosigkeit und Vereinsamung. Es geht nicht darum, den Teufel an die Wand zu malen, es ist aber auch zu oberflächlich, zu sagen: „Bayern ist Spitze“. Es geht heute darum, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen, politisch aufzugreifen und über Parteigrenzen hinweg gemeinsam Lösungen zu suchen, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

Mehr Informationen finden Sie rund um die Uhr unter: **www.fw-bayern.de**

A. Freie Wähler – der Bürger im Mittelpunkt der Politik

1. Die Bürgergesellschaft als Ziel

Der Mensch braucht ein funktionierendes soziales Umfeld, um sich wohlfühlen zu können.

Ein intaktes Gemeinwesen braucht die Mitwirkung des Einzelnen. Diese Mitwirkung, das „Sich-Einbringen“, ist der Ausgangspunkt einer Bürgergesellschaft, eines von den Bürgern getragenen demokratischen Gemeinwesens, mit dem sich der Bürger identifiziert.

Politik hat also die Aufgabe, durch entsprechende Rahmenbedingungen das Engagement der Bürger sicherzustellen.

Wir erleben derzeit auch in Bayern einen zunehmenden Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen Geschehen, „Politikverdrossenheit“, die sich in einer zurückgehenden Wahlbeteiligung genauso äußert wie in einer abnehmenden Bereitschaft, Verantwortung in Ehrenämtern zu übernehmen oder im „Wegschauen“ bei Straftaten oder Fehlentwicklungen im persönlichen Umfeld.

2. Verkrustete Strukturen aufbrechen

„Da kann man nichts machen“? Höchste Zeit, Ursachen und Lösungen zu suchen!

Der Bürger hat oft das Gefühl der Ohnmacht gegenüber Problemen, er fühlt sich nicht ernst genommen, wenn er sich einbringen will. Elternproteste gegen Schulschließungen oder für mehr Lehrpersonal, die letztendlich ins Leere laufen, müssen hier ebenso genannt werden wie der „Frustration“ von Verwaltungsleuten, die zu Entscheidungen nicht gefragt werden, die sie betreffen. Die Politik muss die Bürger wieder besser einbeziehen.

Viele Entscheidungsprozesse selbst für banale Dinge sind so hoch aufgehängt, dass sie der Einzelne nicht mehr nachvollziehen kann. Dies geschieht häufig in guter Absicht und in dem Bestreben, alles „gerecht“ zu regeln und jeden Sonderfall zu berücksichtigen. Aber in der Praxis führt dies zu den verkrusteten Strukturen, die wir heute vorfinden und die auf neue Entwicklungen nicht mehr rechtzeitig reagieren können.

Auch politische Entscheidungsträger hinterlassen beim aufmerksamen Beobachter häufig einen zweifelhaften Eindruck. Wenn etwa eingebrachte Vorschläge der einen Seite in Gremien grundsätzlich mehrheitlich abgeschmettert werden, einige Zeit später aber von den vorher Ablehnenden selbst eingebracht und durchgesetzt werden, stellt sich die Frage, ob in solchen Fällen das öffentliche Interesse überhaupt im Mittelpunkt der Politik steht. Hier führen Mehrheitsverhältnisse, mit denen verantwortungslos umgegangen wird, zu Verkrustungen, denen Neuerungen nur noch schwer abgerungen werden können. Wer die Meinung anderer nicht mehr zur Kenntnis nehmen muss, beschäftigt sich am Ende

mehr mit sich selbst als mit den Anliegen der Bürger.

3. Politische Kultur: bürgernah, unabhängig, sachbezogen

Der Bürger fordert zu Recht eine politische Kultur, die ihn in den Mittelpunkt des politischen Interesses stellt. Politik läuft immer Gefahr, sich einige Zeit nach ihrer Etablierung zu verselbständigen. Sie ist aber nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie muss dem Bürger dienen. Deshalb sind alle Entscheidungsprozesse so bürgernah wie möglich zu organisieren. Entscheidungsträger müssen unabhängig sein, um Entscheidungen ohne Gewissenskonflikte für die Interessen der Bürger treffen zu können. Sachpolitik geht vor Parteipolitik: Wir brauchen keine Ideologien, sondern konkrete und umsetzbare Lösungsansätze für die Probleme im Land. Dieser Dreiklang bürgernah – unabhängig – sachbezogen ist das politische Selbstverständnis der Freien Wähler und sollte auf allen politischen Ebenen die politische Kultur prägen.

B. Die Kommune als Keimzelle des Staates

1. Kommunen brauchen einen höheren Stellenwert

In unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen spielt sich das Leben ab. Dort treffen Bürger und Politik direkt aufeinander. Dort gilt es, das Zusammenleben zu organisieren. Dort entscheidet sich auch, ob politische Vorstellungen in die Praxis umgesetzt werden können oder nicht. In den letzten Jahren ist der Stellenwert der Kommunen in der bayerischen Politik immer geringer geworden. Die Freien Wähler mussten dem Gesetzgeber im Jahr 2003 durch ein Volksbegehren das „Konnexitätsprinzip“ abringen, um eine eigentlich selbstverständliche Sache durchzusetzen: wenn den Kommunen von den höheren politischen Ebenen neue Aufgaben zugewiesen bekommen, sollen sie hierfür auch die benötigten Finanzmittel bekommen, um nicht in der Verschuldung zu landen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Staatsregierung dieses verfassungsmäßig verankerte Recht der Kommunen regelmäßig umgeht – vom G8 bis zum Büchergeld oder Krippenausbau. Nach wie vor sitzen die Kommunen also politisch am kürzeren Hebel und kämpfen teilweise vergeblich um ihr Recht. Die zunehmende Verschuldung gerade auch der kommunalen Ebene zeigt, welcher Belastungsprobe die Kommunen ausgesetzt sind. Bei vielen Entscheidungen befinden sich die Kommunen in der Rolle eines Zaungastes, der Appelle aussenden kann, aber keine Mitsprache hat.

2. Mehr Freiraum für die Kommunen!

Die Freien Wähler fordern mehr Handlungsspielraum für die Kommunen, weil hier am zielsichersten auf politische Probleme reagiert werden kann und weil hier der örtliche Sachverstand einfließen kann. Wenn ein Mobilfunk-Mast aufgestellt werden soll, haben die Bürgermeister die öffentlichen Proteste auszuhalten, mitzubestimmen aber haben sie nicht viel. Der Versuch etwa, die Kommunen über die „Arbeitsgemeinschaften“ bei der Vermittlung von Arbeitslosen besser einzubeziehen, ist ein zaghafter, halbherziger Schritt in diese Richtung, nachdem jahrelanges zentrales Verwalten der Probleme weit weg von der Realität nicht zum Ziel geführt hat. Hier ist noch mehr Mut gefragt, die Zuständigkeit nach unten zu verlagern. Meistens kommt die Kommune mit weniger Mitteln schneller zum Ziel, als Zentralbehörden das können. Es ist also auch vor dem Hintergrund des Umganges mit Steuergeldern zu fordern, den Kommunen so viel Macht wie möglich einzuräumen – was aber leider den Zentralisten in München gegen den Strich geht und deshalb nicht zugelassen wird.

Bei den sieben bayerischen Bezirken würde eine Zusammenlegung von Regierung und

Bezirksverwaltung teure Doppelstrukturen vermeiden und wäre fachlich sinnvoll. Ein nach dem Vorbild der Landräte direkt gewählter Bezirkspräsident an der Spitze sollte die jetzigen Positionen von Regierungspräsident und Bezirkstagspräsident vereinen. Diese Aufwertung der Bezirke stärkt das Regionalitätsprinzip und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Deshalb ist dies auch eine Forderung der Freien Wähler.

Der vorerst gescheiterte Versuch aus Kreisen der Staatsregierung, die Bürgermeisterstichwahlen in Bayern abzuschaffen, was hauptsächlich einer großen Partei Vorteile gebracht hätte, zeugt nicht von fairen und sachlichen politischen Absichten. Weitere, die Landkreise betreffende Gebietsreformen, sind derzeit auch nicht nötig, aber sehr wohl zu befürchten. Bürgernahe Verwaltungen dürfen nicht Mammutlandkreisen zum Opfer fallen, was nur die Zentralmacht stärken würde. Eine politische Ebene, die die Lehrerversorgung nicht organisieren kann, soll sich nicht noch mehr in das Tagesgeschäft der Gemeinden einmischen. Die Verkomplizierung der Kinderbetreuung in den Kommunen, etwa durch Dokumentationspflichten und Vorschriftenfülle des „Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes“ ist geradezu ein Symbol für Überregulierungen, die Zeit und Geld kosten. Für die eigentlichen Aufgaben, in diesem Fall die Kinderbetreuung, fehlen am Ende die Mittel. Dieses Gesetz muss praxistauglich gemacht werden – weniger Dokumentationspflichten, mehr Zeit für die Betreuung der Kinder.

Aber auch die EU mischt sich bei vielen Dingen über das erträgliche Maß hinaus in die Verhältnisse vor Ort ein. Ob bei Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit, der Erteilung von Aufträgen oder der öffentlichen Daseinsvorsorge mit dem zunehmenden Druck aus Brüssel zur „Privatisierung“ - viele Abläufe, die bisher funktioniert haben, werden durch Regulierungswut von oben unnötig beeinflusst und verkompliziert. Bürgernähe wird durch Zwangsjacken erstickt. Vielfach drängt sich der Verdacht auf, dass Vorschriften auch dazu dienen, Marktanteile für Interessengruppen abzusichern. Hier fordern die Freien Wähler eine stärkere Vertretung der kommunalen Interessen durch die Landespolitik „nach oben hin“, ob gegenüber Berlin oder Brüssel.

Neben einem höheren Einfluss auf das politische Tagesgeschäft brauchen die bayerischen Kommunen aber auch die entsprechende Finanzausstattung und Planungssicherheit. Jahrelanges Warten auf Zuschüsse und die Vorfinanzierung von Aufgaben, die eigentlich der Freistaat erledigen müsste, sind eine schlechte Ausgangslage für die kommunale Entwicklung. Diese Missstände dürfen nicht erst ein Jahr vor anstehenden Landtagswahlen auf Landesebene Gehör finden, sondern müssen grundsätzlich angegangen werden, um nicht zu einer chronischen Krankheit Bayerns zu werden. Zuschüsse müssen zeitnah ausbezahlt werden! Außerdem brauchen die Kommunen dringend mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre Haushaltsmittel,

damit Steuergelder gespart werden können.

3. Förderwesen ändern

Das derzeitige Förder(un)wesen zwingt oder verführt dazu, Mittel anzufordern, weil eben gerade Haushaltstöpfe dafür da sind. Oftmals werden Finanzmittel nach dem Windhundprinzip vergeben: wer die Formalitäten am schnellsten erfüllt, bekommt die Gelder. Ein Bedürftigerer kommt nicht zum Zug, weil die Mittel schon aufgebraucht sind. Der sparsame Umgang mit den Mitteln ist häufig nicht möglich, weil teils praxisfremde Vorgaben einzuhalten sind, die bei eigenverantwortlicher Entscheidung nicht in Kauf genommen würden. Die Kommunen wissen in der Regel sehr gut, wofür die gesparten Gelder an anderer Stelle nutzbringender für die Bürger eingesetzt werden können – aber dazu braucht man wieder die Erlaubnis und Kofinanzierung „von oben“. Das ganze Förderwesen steht unter dem großen Ziel, die Kommunen von oben am „goldenen Zügel“ dirigieren zu können, gezielter Einsatz knapper Steuermittel ist zweitrangig. Da die Mittel dem Bedarf aber immer mehr hinterherhinken, sind aus den „goldenen“ mittlerweile „rostige“ Zügel geworden und der Gebändigte fragt sich, ob er das Spiel noch länger mitmachen soll. Besser wäre eine Verteilung der Mittel nach objektiven Kriterien wie z.B. der Einwohnerzahl. Auch brauchen die Kommunen deutlich mehr Entscheidungsfreiheit, in welche Projekte sie das Geld investieren. Somit könnten Marktschwankungen besser in Investitionsentscheidungen einfließen und man bekäme am Ende mehr für das gleiche Geld. Weniger Planwirtschaft und Antragswirtschaft, dafür mehr Eigenverantwortung!

4. Öffentliche Daseinsvorsorge nicht „privatisieren“

Die Freien Wähler sehen in der zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Gefahr für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Vorgaben aus der EU und anderer Ebenen wirken häufig als Türöffner für Investoren, die sich Zugang auf die Versorgungsnetze von Strom, Gas, Trinkwasser, oder auch auf die Krankenhäuser und den öffentlichen Personennahverkehr verschaffen wollen. Die Kommunen sind wegen ihrer klammen Finanzen häufig zu schwach, sich hier zu behaupten und müssen „privatisieren“, also an gewinnorientierte Investoren verkaufen. „Effizienzsteigerungen“ privater Betreiber gehen selbstverständlich mit deren Gewinninteressen einher, und verständlicherweise ist die Gewinnmaximierung für den Aktionär höher gewichtet als die Preisgünstigkeit und Versorgungssicherheit für den

Verbraucher und das Einkommen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Zahlreiche Negativbeispiele aus Ländern wie Frankreich oder Großbritannien, wo die öffentliche Hand sich wegen schlechter Erfahrungen wieder um eine Rückübertragung der ehemals „privatisierten“ Infrastruktur bemüht, sollte uns eine Warnung sein. Die Zusammenarbeit von Kommunen in diesem Bereich darf nicht dem EU-Wettbewerbsrecht unterworfen werden, was wiederum der Privatisierung Vorschub leisten würde. Die Kommunal- und Landespolitik muss sich gegen die Bevormundung in diesen Bereichen zur Wehr setzen. Die Bevölkerung muss über die Gefahren einer rücksichtslosen Privatisierungspolitik aufgeklärt werden. Dafür setzen sich die Freien Wähler ein.

C. Zukunft für den ländlichen Raum – für eine vernünftige Regionalpolitik

1. Gleichwertigkeit von Stadt und Land als Ziel

In letzter Zeit ist der „ländliche Raum“ in den Blickpunkt der Politik geraten, vorher war jahrelang nur von „Metropolen“ und „Clustern“ die Rede. Die Freien Wähler halten nichts von politischen Paradigmenwechseln alle paar Jahre, je nach dem, was gerade „in“ ist in der politischen Diskussion und ob gerade Wahlen anstehen oder nicht. Bayern braucht eine Politik, die allen Bürgern gerecht wird, egal, ob sie in der Stadt wohnen oder auf dem Land. Stadt und Land dürfen nicht in eine Konkurrenzsituation gebracht werden. Ungleiche Förderprioritäten sind zu korrigieren, weil eine sich öffnende Wohlstandsschere dazu führt, dass der benachteiligte Partner am Ende doch wieder mit viel Geld „hochgepäppelt“ werden muss. Besser ist es, Fehlentwicklungen im Vorfeld zu verhindern. Individualinteressen, die sich um die Funktion des Gesamtsystems nicht kümmern, dürfen nicht die Oberhand gewinnen.

2. Potential des ländlichen Raumes besser nutzen

Das wirtschaftliche Potential des ländlichen Raumes in Bayern ist nur ungenügend genutzt, häufig fehlt die moderne Infrastruktur, um den Menschen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Es ist längst überfällig, dass flächendeckend schnelle und leistungsstarke Internetanschlüsse (z.B. DSL) bereitgestellt werden, weil diese für Firmen, qualifizierte Arbeitsplätze und mittlerweile auch für viele Privatleute unverzichtbar sind. Wenn der politische Einfluss auf die Telekommunikationsbetreiber – als Folge der Privatisierung – nicht mehr ausreicht, muss der Staat einspringen. Die Politik hat sich hierbei zu lange herausgeredet und ihre Zuständigkeit wegdiskutiert. Mit den Folgen solcher Defizite aber hat die Allgemeinheit fertig zu werden: Verlust von Arbeitsplätzen, unattraktives Wohngebiet, gerade für junge Leute. Die Infrastruktur für schnellen Datenaustausch ist heute so wichtig wie die Einführung des Telefons vor einer Generation. Handeln statt Reden ist angesagt.

Falsche politische Rahmenbedingungen schwächen den ländlichen Raum: Das Hauptschulsterben, mit verursacht durch eine kurzsichtige und unflexible Bildungspolitik, führt vor allem auf dem Land zu weiten Schulwegen. Junge Familien erwarten zu Recht Schulen in Wohnortnähe. Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den Städten führt dort zu steigenden Mietpreisen und Staus auf den Straßen. Die Arbeitskräfte aus

dem Land wandern den Firmen in die Städte hinterher. Viele Firmen sind auf Metropollagen angewiesen, andere müssen dorthin ausweichen, weil das Land die geforderte Infrastruktur nicht bietet. Hier ist eine vorausschauende Politik gefordert. Wohnortnahe Krankenhäuser müssen ebenso erhalten werden wie der Hausarzt und der niedergelassene Facharzt des Vertrauens. Die Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik müssen so umgestellt werden, dass die Geldströme wieder dort ankommen, wo Leistung erbracht wird. Zunehmende Dokumentationspflichten und Budgetierungen machen den Ärzten den Garaus. Viele Arztpraxen werden nicht mehr übernommen, die jungen Ärzte wandern ins Ausland ab, nachdem sie bei uns eine teure Ausbildung erhalten haben. Den Kommunen muss es wieder leichter gemacht werden, ihre Krankenhäuser zu erhalten, sonst schlägt die Privatisierung auch hier zu. Die Folge ist, dass die Politik und damit der Bürger immer weniger Mitsprache hat, wie und wo man im Krankheitsfall behandelt wird. Der öffentliche Personennahverkehr und die Verkehrsinfrastruktur werden immer mehr ausgezehrt. Seit Jahren leidet das bayerische Staatsstraßennetz an Unterfinanzierung, vielerorts sind bereits deutliche Substanzschäden zu beklagen. Wird hier nicht rechtzeitig repariert, drohen Folgekosten, die die Einsparungen um ein Mehrfaches übertreffen. Sparen ja, aber nicht an der falschen Stelle! Die Freien Wähler fordern, die nötigen Investitionen nicht länger aufzuschieben. Ein ausgeglichener Haushalt heute darf nicht zur Schuldenexplosion in einigen Jahren führen. Viele Bundesstraßen und Autobahnen sind dem zunehmenden Verkehrsaufkommen, insbesondere auch dem LKW-Verkehr, nicht mehr gewachsen. Dreispuriger Autobahnausbau oder Überholspuren auf Bundesstraßen wären vielerorts nötig, um die Autofahrer zügig und gefahrlos an den LKW-Kolonnen vorbeizuführen. Das Zurückgreifen auf Privatinvestoren wird das Problem der Unterfinanzierung des Straßennetzes nicht grundlegend lösen. Der milliardenschwere Bau des Transrapid in München ist aus heutiger Sicht abzulehnen. Zuzustimmen wäre dem nur, wenn dieser Standort Voraussetzung für Exporterfolge wäre und der Steuerzahler wieder in den Genuss der vorgestreckten Gelder käme. So aber ist zu befürchten, dass die Verkehrsinfrastruktur in ganz Bayern weiterhin für Jahre an Unterfinanzierung zu leiden hat, weil zuviel Geld in den Transrapid investiert wird. Es gilt also, die Ursachen für die Schwäche des ländlichen Raumes zu erkennen, um ihn dann gezielt „stärken“ zu können. Nicht in Sonntagsreden, sondern in der Praxis!

3. Bäuerliche Landwirtschaft und Kulturlandschaft erhalten

Die Land- und Forstwirtschaft stellt nach wie vor einen bedeutenden Wirtschaftszweig auf dem Land dar. Jeder achte Arbeitsplatz in Bayern hängt auch heute noch an der Landwirtschaft, trotz einer deutlich rückläufigen Anzahl der aktiven Betriebe. Bei allem Gerede um die Subventionen - die Bauernhöfe sind ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor. Vorneweg gesagt: ohne Subventionen wären die Lebensmittel um einiges teurer, für den Steuerzahler käme unterm Strich dasselbe heraus, für die Bauern wahrscheinlich auch. Dieses Thema ist aber global zu sehen. Der Staat verlöre ohne Subventionen ein Steuerungsinstrument, was oft ein Grund für die Einführung von Subventionen war. Anders zu sehen ist die Landbewirtschaftung in schwierigen Gebieten. Wenn wir hier weiterhin eine gepflegte Kulturlandschaft wollen, müssen wir auch bereit sein, Ausgleichszahlungen dafür zu leisten. Eine Rechnung, welche die Bauern als Unkostenfaktor sieht, geht nicht auf. Die alte Weisheit „hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt“ gilt nach wie vor! Der sich abzeichnende globale Nachfrageschub für Agrarprodukte muss auch als Chance gesehen werden, die bayerische Landwirtschaft aus der Subventionsfalle herauszuholen. Wertschöpfung nahe beim Produzenten muss durch richtige politische Rahmenbedingungen angestrebt werden. Mit anderen Worten: Die Bauern sollen nicht nur diejenigen sein, die das Produktionsrisiko und die Arbeit haben, während nachgeordnete Strukturen den Gewinn kassieren, sondern die Bauern brauchen einen fairen Preis für ihre Produkte, damit sie auch wieder Hofnachfolger finden. Eine Geringschätzung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft und eine zunehmende Abhängigkeit von Agrarimporten sind nicht nur in Zeiten steigender Lebensmittelpreise volkswirtschaftlich verantwortungslos. Die Kulturlandschaft, wie wir sie kennen, ist Produkt der bäuerlichen Landwirtschaft. Bayern ohne Bauern ist nicht vorstellbar! Die Landwirtschaft hat schließlich auch positiven Einfluss auf die Gesellschaftsstruktur auf dem Land. Viele Ehrenämter werden dort von Landwirten bekleidet, da diese überwiegend zu Hause sind und nicht nur am späten Abend zum Schlafen von ihren Arbeitsstellen nach Hause pendeln. Dabei soll das Land auch Heimat für junge Familien sein, die bezahlbaren Wohnraum und Nähe zur Natur suchen, aber auch Erholungsraum für die Stadtbevölkerung. Konflikte mit der Landnutzung sind bei entsprechender Einsicht auf beiden Seiten und politischer Steuerung zu vermeiden. Probleme mit stinkenden Schweineställen sind heute mit entsprechender technischer Ausrüstung zu entschärfen, Nachrüstungen könnten öffentlich gefördert werden, wenn die Öffentlichkeit Nutzen hat, der Stallbetreiber aber „im Recht“ ist. Zunehmende Betriebsgrößen auch in der Tierhaltung verlangen nach entsprechendem Weitblick bei der Ausweisung von Siedlungsgebieten und bei Stallneubauten. Regionalen Vermarktungswegen dürfen keine vermeidbaren

bürokratischen Hindernisse in den Weg gelegt werden. „Ab-Hof-Vermarkter“, der Dorfmetzger und die kleine Bäckerei dürfen nicht zu Tode zertifiziert werden – die große Wurstfabrik mit internationalem Fleischtourismus liefert auch keine bessere Ware – selbst wenn „das Papier stimmt“. Die Benachteiligung der heimischen Landwirtschaft schon im EU-weiten Wettbewerb muss gezielt abgestellt werden. Die Praxis einseitig schärferer nationaler Vorschriften ist vielfach ein vermeidbares Problem für unseren Agrarstandort. Bayern hat verschiedene Standortvoraussetzungen - von fruchtbaren Ackerbaugebieten bis zu schwer bewirtschaftbaren Bergwiesen. Spezielle Programme müssen hier die Produktion aufrechterhalten und auch den Erholungswert der Kulturlandschaft erhalten. Der Ausbau des Binnentourismus ist nicht nur vor dem Hintergrund der Klimadiskussion zu fordern. Das Geld bleibt in der Region, Arbeitsplätze im Tourismusbereich sind begehrt und die zunehmende Zahl von Senioren in unserer alternden Gesellschaft verbringt den Urlaub oftmals lieber in der Region als am anderen Ende der Welt – und auch dort werden die Tourismusgebiete mit Steuergeldern attraktiv gestaltet, um anschließend wieder Steuereinnahmen zu ermöglichen. Auch das Potential der heimischen Forstwirtschaft ist noch nicht ausgeschöpft. Bessere Walderschließung, Beratung und Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbauern sind nötig, um die nachhaltige Mobilisierung des wertvollen Rohstoffes Holz sicherzustellen. Auch die Möglichkeiten der Energiegewinnung aus Holz sind noch nicht ausgeschöpft. Bei allem Verständnis für den Naturschutz ist es auch eine Frage der Ethik, wieviel Wald im Nationalpark Bayerischer Wald dem Borkenkäfer geopfert werden soll. Sowohl die berechtigten Interessen von angrenzenden Privatwaldbesitzern als auch die Interessen der Tourismusbranche sind zu berücksichtigen.

Die Landwirtschaft ist in den letzten Jahren – auch wegen der niedrigen Preise im Nahrungsmittelsektor und wegen steigender Energiepreise – verstärkt in die Energieproduktion eingestiegen. „Vom Landwirt zum Energiewirt“ ist zum geflügelten Wort geworden. Diese Entwicklung ist grundsätzlich zu begrüßen. Es ist sinnvoller, mit Produkten aus der Landnutzung teure Energie zu ersetzen als aufgrund von „Schleuderpreisen“ für landwirtschaftliche Erzeugnisse Produktionsflächen stillzulegen. Sollte eine Verknappung im Nahrungsmittelsektor auftreten oder andere preiswerte Energieformen zum Durchbruch kommen, ist aber genauso wieder ein Rückzug der Landwirtschaft aus dem Energiesektor zu erwarten. Nicht nachvollziehbar ist aber, wenn durch Besteuerung dieser Rückzug erzwungen wird, obwohl der Markt vorhanden wäre. Die Biokraftstoffbranche hat durch die Besteuerung von Biokraftstoff einen herben Rückschlag erlitten, durch den verloren gegangenen Preisvorteil sind Märkte weggebrochen, die vorher mühsam aufgebaut wurden. Wertschöpfung bei den

Produzenten wurde zunichte gemacht. Die Besteuerung der Biokraftstoffe sollte wieder rückgängig gemacht werden! Politik muss mehr Planungssicherheit bieten, gerade bei Investitionen in nachwachsende Rohstoffe. Sonst gehen Vertrauen und damit Dynamik verloren, weil Erfinder und Investoren verunsichert werden und sich an neue Entwicklungen kaum mehr heranwagen – aus Furcht, in eine (Steuer-)Falle zu tappen. Oder ist es am Ende gar nicht gewollt, dass Biokraftstoffe konkurrenzfähig werden? Biogasanlagen erleben einen regelrechten Boom, gebietsweise sind schon die Kapazitätsgrenzen der Rohstoffzufuhr erreicht. Mögliche langfristig negative Auswirkungen von Monokulturen sind hier zu beachten. Das Ziel sollte auch die Einspeisung von Biogas ins Gasnetz sein. Der Trend zu Großanlagen darf nicht dazu führen, dass die Wertschöpfung von den Landwirten aus der Region zu auswärtigen Investoren abwandert. An der Agro-Gentechnik scheiden sich die Geister. Niemand will dem Fortschritt im Wege stehen, die Gentechnik hat sich etwa in der Medizin ihre Berechtigung erworben. Bei den landwirtschaftlichen Anwendungen der Gentechnik geht es in Bayern derzeit vor allem um die Frage des Anbaus von genverändertem Mais, sog. „BT-Mais“. Dieser Mais produziert einen Stoff, der auf gewisse Insekten giftig wirkt, um sich damit einen Schädling, den „Maiszünsler“, vom Leibe zu halten. Die Wissenschaft ist sich aber bis heute nicht einig, ob dieser genveränderte Mais nicht negative Auswirkungen auf andere Lebewesen und am Ende der Nahrungskette auf den Menschen hat. Da der „Maiszünsler“ aber auch durch mechanische Maßnahmen (Schlegeln des Maisstrohs) ausreichend bekämpft werden kann, besteht für den Einsatz von genverändertem Mais heute keine zwingende Notwendigkeit. Der staatliche Versuchsanbau in Bayern muss bei allem Forscherdrang die berechtigten Sorgen der umliegenden Produktion ernst nehmen, die gentechnikfrei bleiben will. Auch die Wirkung auf mögliche Exportmärkte ist zu berücksichtigen! Es wäre fatal, wenn die bayerische Ernährungswirtschaft Exportchancen verlieren würde, weil sie das zunehmend gefragte Markenzeichen „gentechnikfrei“ wegen derzeit nicht greifbarer Vorteile leichtfertig aufs Spiel setzt. Neben dem Blick auf die fachliche Seite darf auch die Gefahr der Abhängigkeit unserer Landwirtschaft von Patenten und Lizenzen der Gentechnikbranche nicht übersehen werden. Auch hier muss die Politik von Land und Bund alles daran setzen, dass ihr die Zuständigkeit für die Vorgänge auf unseren landwirtschaftlichen Flächen nicht aus der Hand genommen wird, was letzten Endes auch eine Entmündigung des Verbrauchers mit sich brächte.

Es ist auch ein Holzweg der jetzigen bayerischen Landwirtschaftspolitik, Fachberatung ständig abzubauen, dafür aber Kontrollbürokratie aufzubauen, die dann aber bei diversen Skandalen oft im entscheidenden Augenblick unter „Beißhemmung“ leidet. Kontrollbehörden müssen grundsätzlich unabhängig genug sein, um bei kriminellen

Machenschaften handlungsfähig zu sein, und sie müssen so organisiert sein, dass sie auch überregional tätigen Betrügern gewachsen sind. Fachberatung ist gerade auch in der modernen Landwirtschaft unverzichtbar, und viele Dokumentationspflichten und Kontrollen erübrigen sich durch praxisnahe Beratung, die Vertrauen statt Frust schafft.

4. Gegen Zentralismus und Prestigegehabe

Zu allen Zeiten hatten Herrscher das Bestreben, durch Prestigeprojekte vor dem Herrschersitz ihrer Umwelt zu imponieren und Potenz vorzugaukeln. Bei genauerem Hinsehen hatte unter einer solchen Politik aber immer die Bevölkerung zu leiden, und nachfolgende Generationen waren nicht mehr bereit, den teuren Glanz aufrecht zu erhalten, weil der praktische Nutzen meist fehlte. Auch der Versuch, immer mehr Macht zu zentralisieren und die Regionen zu entmachten, führte bisher immer zum Kollabieren des Systems, weil Kosten und Nutzen der nötig werdenden Bürokratie irgendwann so offensichtlich aus dem Gleichgewicht geraten, dass eine breite Mehrheit nach anderen Lösungen und mehr Eigenverantwortung verlangt, insbesondere, wenn sich die ersten Misserfolge einstellen. Vernünftige Regionalpolitik heißt auch, zu akzeptieren, dass je nach örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche Lösungsansätze angewendet werden müssen, um zum Erfolg zu kommen. Deshalb muss auch größtmögliche Entscheidungsfreiheit vor Ort möglich sein. Zentralistisch vorgegebene Schablonen für das ganze Land sind nicht zielführend.

Das Paradebeispiel für Prestigegehabe ist der Transrapid in München. Er ist unter den heutigen Rahmenbedingungen eine imponierende(?) Technik am falschen Ort. Bezahlbar ist alles irgendwie, es stellt sich aber die Frage, was dafür alles auf der Strecke bleibt. Der Steuerzahler soll Prellbock sein für angeblich goldene Zukunftsaussichten. Die Industrie hält sich vornehm zurück, was zumindest den Eindruck vermittelt, dass sie selbst nicht ganz an den Erfolg glaubt. Angebliche Exportaussichten tauchen immer dann plötzlich auf, wenn die öffentliche Meinung wackelt oder Finanzentscheidungen anstehen, um nachher genauso plötzlich wieder zu verschwinden. Das Projekt passt auch psychologisch nicht in die politische Landschaft. In Zeiten, in denen der Staat nicht in der Lage ist, ausreichend Lehrer einzustellen, in Zeiten, in denen er von den Schulkindern Büchergeld eingesammelt hat und die Staatsstraßen in einem schlechteren Zustand sind als vor einigen Jahren, fehlt dem Bürger die Euphorie für solche Luxusartikel, von denen der Lack abbröckelt, bevor die letzte Rate bezahlt ist. Die Münchner selbst lehnen das Projekt in ihrer Mehrzahl ab, die Menschen in den umliegenden Regionen fürchten nicht zu Unrecht, dass ihre Region dafür finanziell bluten muss. Die deutsche Industrie lebt vom Export und unser Wohlstand hängt auch von Exporterfolgen ab. Industrie und Politik dürfen aber das Vertrauen der Bevölkerung nicht durch falsche Versprechungen aufs Spiel setzen. Es ist schwer vermittelbar, dass eine unverhältnismäßig teure Transrapid-Bahn in München Voraussetzung für Exportaufträge ist, obwohl im Emsland und in Shanghai bereits Teststrecken bestehen.

5. Die Städte zukunftsfähig machen

Die Städte zehren immer mehr von der Substanz. Gebäude aus der Nachkriegszeit müssten dringend renoviert werden, Kanalsysteme sind marode, Hinterhöfe sind in einem erschreckenden Zustand. Immer mehr Mittel fließen in den Konsum und in den sozialen Reparaturbetrieb, Werterhalt und Investition in die Zukunft rücken immer mehr aus dem Blickwinkel oder können nicht mehr geleistet werden. Eigentum muss gestärkt werden, ob steuerlich, im Erbfalle oder beim Einklagen von Schäden, die unvernünftige Mieter hinterlassen haben. Sonst droht die Flucht potentieller Investoren in den Konsum oder in Anlageformen, bei denen man sich persönlich „die Hände nicht schmutzig machen und nicht ärgern muss“. Eigener Wohnraum in gutem Zustand muss das Ziel einer vorausschauenden Politik auch in der Stadt sein. Soziale Brennpunkte mit verschmierten Fassaden in baufälligen Mietskasernen dürfen nicht zum Stadtbild der nächsten 20 Jahre gehören.

Die Spaltung der Gesellschaft in soziale oder ethnische Gruppen darf sich nicht vertiefen, sondern es muss durch Sozialarbeit, gute Bildungspolitik und gezieltes Einbinden der nachfolgenden Generation in das allgemeine Wertesystem der innere Frieden gesichert werden. Unsere Städte und Metropolen haben auch die Aufgabe, kulturelle Angebote zu stellen, die das Land nicht betreiben kann, und Universitäten mit gutem Lernklima bereit zu halten, die auch von Studenten aus dem ländlichen Raum aufgesucht werden können. Nach Abschluss des Studiums soll man aber nicht zwangsläufig in der Stadt oder deren „Speckgürtel“ bleiben müssen, sondern möglichst auch in der Herkunftsregion einen qualifizierten Beruf finden können. Das Land darf nicht einseitig zum Lieferanten von jungen Leuten für die Zentren werden, während die Dörfer und Märkte vergreisen – am Ende mit hohen Folgekosten für die Steuerzahler aus den wirtschaftlich starken städtischen Regionen.

Die Städte müssen durch insgesamt bessere Rahmenbedingungen, und nicht nur durch mehr Zuschüsse, von innen heraus Dynamik entwickeln.

D. Arbeit muss sich wieder lohnen!

1. Der Sozialstaat muss bezahlbar bleiben

Die Forderung „Arbeit muss sich wieder lohnen“ taucht in der politischen Diskussion immer wieder auf und bedeutet im Umkehrschluss, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Ist das wirklich so? Finanziell betrachtet in vielen Fällen leider ja! Viele Geringverdiener und sogar Normalverdiener müssen feststellen, dass sie bei Nichtarbeit und voller Inanspruchnahme des Sozialstaates am Ende mehr in der Tasche hätten als bei einer Beschäftigung. Viele schämen sich aber, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen und „die Arbeit niederzulegen“. Auch Alleinerziehende wollen es ihren Kindern nicht antun, als „Hartz4“-Kind aufzuwachsen und abgestempelt zu werden. Dies ist ein sensibler Themenbereich. Weder Vorwürfe der „Faulheit“ noch rücksichtsloses Anspruchsdenken und der Ruf nach immer mehr Sozialstaat helfen hier weiter. Tatsache ist, dass die konsumierenden Sozialausgaben immer mehr ansteigen und ein Niveau erreicht haben, welches die Gesellschaft als Ganzes in Bedrängnis bringt. Man gerät in Zeiten der Globalisierung einerseits in Wettbewerbsnachteile gegenüber Standorten, an denen die Löhne mit weniger Sozialabgaben belastet sind. Andererseits fehlen auch die Mittel für investive, in die Zukunft gerichtete Sozialausgaben wie Kinderbetreuung, Gesundheitsbereich, Qualifizierungsmaßnahmen usw.. Wie überall ist auch hier Vorbeugen besser als Heilen. Eine kurzsichtige „Spar“politik, die zu wenig Lehrer einstellt und dadurch unqualifizierte Schulabgänger zu verantworten hat, ist Mitverursacher des Problems. Genauso aber auch Arbeitsmodelle und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die vollwertige Arbeitsplätze in „Billigjobs“ umwandeln, die so wenig Verdienst abwerfen, dass man trotz Vollzeitbeschäftigung nicht davon leben kann. Der Betroffene fragt sich am Ende zu recht ob es nicht besser wäre, „Hartz4 zu beantragen“. Aber auch der Arbeitgeber muss sehen, wie er sich am Markt behaupten kann und die Personalkosten niedrig hält. Auch er kann nicht mehr verteilen als erwirtschaftet wird!

2. Auswüchse der Globalisierung eindämmen

Die Globalisierung und Liberalisierung haben einen Wettbewerbsdruck ausgelöst, der in vielen Branchen eine Spirale nach unten in Gang gesetzt hat. Die Politik soll auch hier nicht alles Funktionierende und Bewährte über Bord werfen, wenn es nicht zwingend nötig ist. Ist es ökonomisch, geschweige denn ökologisch sinnvoll, wenn fünf verschiedene Postzusteller hintereinander durch die Straßen fahren und jeder dieser „Billigjobber“ seine

individuelle Zustellung erledigt? Irgendwann wird der Staat ordnungspolitisch wieder eingreifen müssen, um groteske Auswüchse einzudämmen und die Versorgungsqualität wiederherzustellen. Damit auch Kunden bedient werden, die „unrentabel“ sind! Dünn besiedelte Gegenden! Ländlicher Raum! Vorbeugen oder heilen? Oder Achselzucken und abtauchen? Politik nicht zuständig, das regelt „der Markt“? Die Freien Wähler sind der Überzeugung, dass man sich nicht immer und in aller Konsequenz den Regularien eines freien Marktes unterwerfen darf. Die Grundversorgung der Bürger muss sichergestellt werden. Ein Auseinanderfallen der Gesellschaft, die Entsolidarisierung, ein „Jeder-Für-Sich“ und „Jeder-Gegen-Jeden“ schaden am Ende auch jedem. Wenn man sich nicht mehr schämt, Leistungen in Anspruch zu nehmen, ohne dafür etwas zu tun, obwohl man könnte, müssen die politischen Alarmglocken schrillen. Wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt, dann erst recht. Wenn bei 300000 benötigten Saisonarbeitern in der Landwirtschaft 10% von inländischen Arbeitslosen gestellt werden sollen, und diese 30000 können bei 4 Mio Arbeitslosen nicht gefunden werden, dann ist dies ein Zeichen für die Schiefelage des Systems. Zu wenig unterm Strich für den inländischen Arbeitssuchenden und zu viel Möglichkeit, sich wegzuducken. Arbeit bringt aber auch Selbstwertgefühl und ein Lebensziel, ohne das der soziale, oft auch der gesundheitliche Abstieg beginnt. Ein Wiederaufstieg ist schwierig, wenn man erst mal „unten“ ist!

3. Spaltung der Gesellschaft verhindern - Teufelskreise durchbrechen

Das Ende ist die Spaltung der Gesellschaft. Vorbeugen ist besser als heilen! Die Kinder gehen häufig den Weg der betroffenen Eltern. Hier darf der Staat keine Kosten und Mühen scheuen, Teufelskreise zu durchbrechen. Übergroße Kinderkrippen- und Kindergartengruppen sind zwar „wirtschaftlicher“ als individuellere Betreuung – aber nur kurzfristig. Mehr Lehrer und Sozialpädagogen, fördernde Ganztagsbetreuung, Schulsport, gesunde Ernährung an den Schulen und Besuche bei Firmen kosten Geld. Investierende, in die Zukunft gerichtete Sozialausgaben. Aber besser als konsumierende Sozialausgaben, bei denen ein paar Jahre später das vorher eingesparte Geld doppelt und dreifach für den Lebensunterhalt überwiesen werden muss. Wirtschaftlich unsinnig und menschlich brutal!

Vielfach ist es auch unrentabel, mehr zu arbeiten, selbst wenn sich die Gelegenheit böte. Ein Rattenschwanz von der Steuer bis zur Versicherungspflicht wird in Gang gesetzt. Es ist fast einfacher, nichts zu tun. Ein Ausweichen in die Schwarzarbeit ist oftmals die Folge, den Wirtschaftszweig mit der höchsten Zuwachsrate. Trinkgeldsteuer für Bedienungen sollte vor einigen Jahren eingeführt werden. Dazu sollten diese melden, wieviel Trinkgeld

sie bekommen haben. Kaum zu glauben, zu welch weltfremden Gedanken Bürokraten fähig sind!

Auch Arbeitgeber scheuen oft die Einstellung zusätzlichen Personals. Insbesondere, wenn dies nur vorübergehend sein soll. Viele Formulare stehen dem im Weg. Die Globalisierung zwingt uns offensichtlich, Standards fallen zu lassen. Unser „hohes Niveau“ wird in vielen Bereichen durch „Billigkonkurrenz“ unterlaufen. Ein Festhalten an bewährten Standards fällt dem Kampf gegen „Wettbewerbsverzerrung“ zum Opfer. Manches wird nicht zu halten sein, vieles sollte aber nicht vorschnell aufgegeben werden!

Es darf nicht soweit kommen, dass auch die Sozialsysteme dem Wettbewerbsdruck zum Opfer fallen, leider sind wir aber auf dem besten Weg dort hin.

Heimische Unternehmer sind mit Bürokratiekosten belastet, die nicht selten mehrfach höher sind als im europäischen Ausland. Statistiken usw. Hier muss durchforstet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und damit Druck von den Löhnen zu nehmen. Die zunehmende Steuerlast und bürokratische Gängelung führen auch dazu, dass immer mehr junge und gut ausgebildete Leute ins Ausland abwandern, während die heimische Wirtschaft händeringend nach qualifizierten Kräften sucht. Der Versuch, über familienfreundliche Politik die Geburtenrate zu erhöhen und über Qualifizierungsmaßnahmen dem Fachkräftemangel zu begegnen, läuft ins Leere, wenn die nachwachsenden Leistungserbringer anschließend aufgrund schlechter Rahmenbedingungen unsere Heimat verlassen.

4. Mittelstand als tragende Säule der Wirtschaft stärken

Wirtschaftsnachrichten konzentrieren sich in erster Linie auf die „global player“ mit Weltruf. Wir brauchen diese Unternehmen und tun gut daran, den Wirtschaftsstandort so zu gestalten, dass sie uns nicht den Rücken kehren. Ihre Exporterfolge und Innovationen sind für den Wohlstand unserer Gesellschaft unverzichtbar. Viele Kleinbetriebe und Zulieferer hängen von deren Erfolgen auf dem Weltmarkt ab. Nicht übersehen werden darf aber die Bedeutung des Mittelstandes, häufig geführt in Form von Familienbetrieben. Sowohl in Bezug auf die Wirtschaftsleistung als auch auf die Zahl der Lehrstellen spielt der Mittelstand die wichtigste Rolle, wird aber in der öffentlichen Diskussion kaum wahrgenommen. Harte Arbeit über Generationen zeichnet viele Mittelstandsbetriebe aus. Durch wohnortnahe Arbeitsplätze und soziales wie gesellschaftliches Engagement prägen sie vielfach ihr regionales Umfeld. Wirtschaftliche Krisenzeiten werden traditionell durch großes persönliches Engagement von Belegschaft und Eigentümern überbrückt und somit werden das wirtschaftliche Gesamtsystem und damit die Gesellschaft stabilisiert. Unsere

Mittelstandsbetriebe sind unverzichtbar für eine zuverlässige Nahversorgung mit Lebensmitteln, Dienstleistungen oder Material und halten die regionalen Wirtschaftskreisläufe aufrecht.

Die Bürokratiebelastung des Mittelstandes ist jedoch mittlerweile zu hoch. Statistiken, Dokumentationspflichten usw. beanspruchen zu viel Arbeitszeit. Abhilfe tut dringend Not: man muss jeden Ordner auf den Tisch legen und kritisch hinterfragen, ob es in zwingendem öffentlichen Interesse ist, das Papier auszufüllen. Meldeintervalle müssen verlängert werden, Expertengruppen müssen individuell angesetzt werden, um die Verflechtungen von Vorschriften zu entwirren und abzuklären, wie sie abgeschafft oder vereinfacht werden können. Zentrale Anlaufstellen sind zu schaffen, die bei Vorhaben „alles aus einer Hand“ abwickeln und Behördengänge zusammenfassen. Der Grundgedanke muss sein: Nicht der Unternehmer will etwas vom Staat und bittet um Genehmigungen, sondern Staat und Behörden müssen den Unternehmungswilligen Hilfestellung leisten oder dürfen zumindest nicht mutwillig im Wege stehen.

Ebenso muss im öffentlichen Interesse sein, dass erbrachte Leistungen auch bezahlt werden. Betriebe gehen nicht selten bankrott, weil der Auftraggeber nicht bezahlt und das Eintreiben der Zahlungsausstände nicht durchführbar ist. Leider ist auch die öffentliche Hand mittlerweile kein Vorbild mehr in Bezug auf Zahlungsmoral, dies muss sich ändern. Qualifiziertes Personal ist Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmern. Schulabgänger mit mangelhaftem Bildungsniveau und fehlender Ausbildungsreife können nur schwer in den Arbeitsprozess integriert werden. Viele Mittelständler haben weder Zeit noch die Nerven, auf eigene Kosten diese Versäumnisse nachzuholen, und verzichten deshalb auf die Ausbildung in ihrem Betrieb. Schule und Staat müssen hier noch mehr die Kontakte zur Wirtschaft suchen und Fehlentwicklungen korrigieren.

Vor der Verabschiedung von Gesetzen müssen außerdem die Auswirkungen bedacht werden, die Betroffenen sind einzubeziehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Unternehmer zusätzlich zur Arbeit noch einen ständigen Abwehrkampf gegen unsinnige Vorschriften führen müssen und am Ende noch froh sein sollen, wenn eine neue Vorschrift nicht den Kopf kostet, sondern „nur den linken Arm“. Neuregelung der Erbschaftssteuer, EU-Zulassungen usw. Der mittelständische Betrieb ist meist stark ortsgebunden und kann auf verschiedene Rechtslagen und Wettbewerbsverzerrungen nicht so leicht reagieren wie international aufgestellte Unternehmensformen. Dies darf ihm nicht zum Nachteil gereichen. Oftmals haben die Betroffenen das Gefühl, als würden Politik und Behörden an den vor Ort greifbaren Betrieben ihr „Mütchen“ besonders kühlen, weil sie an die

überregional Tätigen ohnehin nicht ran kommen. Beispiel: kleine Dorfmetzgerei versus internationaler Fleischhandel.

5. Innenstädte brauchen den Einzelhandel

Der traditionelle Einzelhandel prägt vielfach noch die Innenstädte und das Wirtschaftsleben. Er ist der Konkurrenz „auf der grünen Wiese“ meist nicht gewachsen. Folge ist aber leider auch der Verfall der Innenstädte, diese werden menschenleer und suchen nach einer neuen Rolle. Traditionelle Familienunternehmen contra Handelsketten. Wo diese Entwicklung eine Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit sich bringt, ist sie zu akzeptieren, zu großzügige Ansiedlungen mit dem Hauptziel, einen Verdrängungseffekt gegen die kleineren Mitbewerber durchzuführen, sind abzulehnen. Wo hier die Grenze zu ziehen ist, müssen die Politik und die Gesellschaft im Allgemeinen und im Einzelfall entscheiden. Negativbeispiele, auch aus den neuen Ländern, raten zu Vorsicht bei zu großzügiger Ansiedlung. Innenstadtrelevante Sortimente sollten tabu sein für große Einzelhandelsprojekte vor der Stadt. Bessere Verkehrserschließungen, Parkmöglichkeiten usw. sind häufig Voraussetzung, um die Geschäfte in den Innenstädten attraktiv zu erhalten. Die Genehmigungen für Factory Outlet Center (FOC) sind im Rahmen des Landesentwicklungsplanes restriktiv zu handhaben. Selbst wenn hierbei auf Kaufkraft aus anderen Regionen geschielt wird, schadet dies insgesamt gesehen dem traditionellen Einzelhandel.

Das darf die Politik nicht einfach hinnehmen, da familiengeführte Einzelhandelsunternehmen, die „Geschäftsleute“, auch eine wichtige gesellschaftliche Rolle einnehmen, die anonyme Handelsketten nicht abdecken. Mit dem „Sterben“ der Geschäftsleute geht in vielen Kommunen auch ein Niedergang der gesellschaftlichen Strukturen, des gesellschaftlichen Lebens und Vereinslebens einher.

6. Der öffentliche Dienst – unverzichtbar!

In Zeiten knapper Kassen gerät auch der öffentliche Dienst immer mehr ins Visier von Sparmaßnahmen. Lange Zeit galt die Beschäftigung in diesem Bereich als gut bezahlt und sicher. Es schien also, dass hier noch Reserven aufzudecken wären. Kosten senken, Leistung erhöhen. Die Belastungen der hier Beschäftigten sind aber – sofern sie es nicht immer schon waren - heute an einem Punkt angelangt, wo nicht mehr viel zu holen ist. Soll hier wieder „Luft“ reinkommen, gilt es, den Arbeitsumfang durch Bürokratieabbau usw. zu reduzieren. Mehrarbeit und höherer Leistungsdruck werden nicht mehr zu mehr

Arbeitsleistung führen, sondern zu mehr Frust, „innerer Kündigung“ und auch dazu, dass Berufsanfänger den öffentlichen Dienst gezielt meiden, weil „die freie Wirtschaft“ bessere Bedingungen bietet. Das Ende sind dann ein Beamtenapparat und ein öffentlicher Dienst, die nicht mehr zuverlässig funktionieren oder am Ende sogar anfällig werden für Korruption – mit unabsehbaren Folgen für die Funktion des Gesamtsystems. Die Regierenden haben es sich hier vielfach zu einfach gemacht und ihre Fürsorgepflicht zu sehr hintangestellt, in der falschen Annahme, der öffentliche Dienst sei immer noch mehr belastbar. Gebrochene Wahlversprechen (42-Stunden-Woche) sind ein Teil davon.

Es muss also wieder Perspektive geboten werden, ein motivierter, leistungsfähiger und objektiv arbeitender öffentlicher Dienst ist unverzichtbar und nicht zum Billigtarif zu haben. Sparen muss man an unnützer Arbeitsbelastung. Der zunehmende Wettbewerb um qualifiziertes Personal auf dem Arbeitsmarkt trifft den öffentlichen Dienst schon heute. Eine vorausschauende Personalpolitik erfordert gezielte Einstellung und Ausbildung von Nachwuchs, um der Überalterung im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken.

Die „Strategie“, sich staatlicherseits Pensionsverpflichtungen zu entziehen durch Verzicht auf Beamte in vielen Bereichen, wird isoliert betrachtet nicht zum Ziel führen. Sozialabgaben und höhere Kosten werden dann eben schon im Vorfeld fällig. Bessere Arbeit für weniger Geld – das ist nicht zu realisieren.

Eine Verwaltungsreform ohne Einbeziehung der Betroffenen („wer den Teich trockenlegen will, darf mit den Fröschen nicht reden“) hat nicht nur Vertrauen zerstört, sondern auch zu fachlichen Fehlentscheidungen geführt, die öffentlicher Dienst und Bürger nun ausbaden müssen.

Eine Polizeireform, die mehr Kosten verursacht als Einsparungen bringt und am Ende zu weniger Polizeipräsenz auf den Straßen führt als vor der Reform, hat das Ziel verfehlt. Dabei nimmt die Bedeutung einer funktionierenden Polizei in Zeiten steigender Gewaltbereitschaft weiter zu. Vielerorts ist die Personaldecke der Polizei heute schon zu dünn, der Beförderungsstau muss aufgelöst werden. Kameradschaft und Betriebsklima dürfen durch übertriebene Beurteilungsmodelle nicht vergiftet werden.

Die Freien Wähler stehen in den Kernbereichen Ordnungs- und Schutzaufgaben uneingeschränkt zum Berufsbeamtentum.

7. Eigentum – Triebfeder zur Arbeit und Grundlage des Wohlstands

Der Mensch „speichert“ Arbeitsleistung in Eigentum, durch Erbschaft meist über Generationen hinweg. Diese Möglichkeit ist auch Antriebsfeder für Arbeit und damit Grundlage unseres Wohlstandes. Haus, Sparguthaben, Grundbesitz, Firmenbesitz. Der

Umgang mit Eigentum erzieht auch zu langfristigem Denken und Handeln. Arbeit und Sparen galten traditionell als anerkannterwertiger als Müßiggang und Konsum. Das Leben „von der Hand in den Mund“ gehörte nicht zum guten Ton.

Leider zeichnet sich hier ein gesellschaftlicher Wertewandel ab, der nicht zuletzt auf politisch falsch gesetzte Rahmenbedingungen und Konsumwerbung zurückzuführen ist. Das Eigentum ist bzw. erscheint vielen heutzutage nicht mehr als sicher genug vor staatlichem oder sonstigem Zugriff. Das über ein hartes Arbeiterleben angesparte Haus kann einigen Jahren Aufenthalt im Pflegeheim zum Opfer fallen. Ein Lebensstil, der kein eigenes Haus hervorgebracht hätte, bedeutet dank Sozialstaat nicht unbedingt schlechtere Versorgung im Alter, aber mehr Annehmlichkeiten vor dem letzten Lebensabschnitt. Das lässt die Frage aufkommen, ob sich Arbeit überhaupt lohnt, und wenn ja, für wen. Gesellschaftsordnungen, die mehr aufs Verteilen als aufs Erarbeiten setzen, verlieren langfristig an Substanz und gefährden damit die soziale Sicherheit.

„Mietnomaden“, die von Wohnung zu Wohnung ziehen und verwüstetes Eigentum hinterlassen, ohne dafür zu bezahlen, sind kein gutes Argument, um in den Wohnungsbau zu investieren und billigen Wohnraum zu schaffen. Die Alternative für den verärgerten Bauherrn, das Geld im Ausland anzulegen, nutzt dem Wohnungssuchenden nicht. Ein möglichst hoher Anteil der Bevölkerung sollte eigenen Wohnraum besitzen, dies sollte Ziel der Politik sein. Mit Eigentum geht man normalerweise verantwortungsvoll um.

Es ist auch nicht einzusehen, warum Eigentumsweitergabe innerhalb der Familie bei Erbschaft vom Staat zum Anlass genommen wird, einen beträchtlichen Teil der Erbmasse einzuziehen. Das Arbeiten und Sparen für die Kinder, das gute Vorbild, wird so zum unerwünschten Vorgang erklärt, das Verkonsumieren, das „Leben von der Hand in den Mund“ ist scheinbar Ziel einer solchen Politik. Steuervermeidung, das Transferieren von Besitz ins Ausland oder andere Winkelzüge beschäftigen heute schon einen nennenswerten Teil der geistigen Kapazitäten unserer Volkswirtschaft – zum Schaden aller.

Wir müssen sehen, dass der Gesamtkuchen größer wird, der zu verteilen ist, das ist insgesamt „gerechter“ als Gleichmacherei, die auf Neid basiert, Leistung bestraft, aber den Mangel „gerecht“ verwaltet. Andererseits ist der Staat aber gefordert, keine unfairen Rahmenbedingungen zuzulassen, die einigen wenigen „Großen“ so viel Ellbogenfreiheit einräumt, dass sie sich auf Kosten der Wettbewerber und der Allgemeinheit nicht durch Leistung, sondern durch falsche Wettbewerbsverhältnisse bereichern können. Dieser Trend ist jedoch in den letzten Jahren in vielen Bereichen unübersehbar geworden und führt mittlerweile zu Verbitterung auch in Gesellschaftskreisen, die ansonsten sicherlich nicht als „eigentumsfeindlich“ einzustufen sind.

Der Staat ist gefordert, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu verhindern, was nicht gelingt, wenn er vereinnahmt wird. Andererseits muss der Staat seinen „Hunger“ auf das Eigentum seiner Bürger dadurch drosseln, dass er durch gezielte Vorbeugung das Entstehen immer größerer Ausgabeposten vermeidet. Das ist nicht immer einfach, aber man sollte es zumindest versuchen.

E. Bildung – Schlüssel zur Zukunft

1. Bildung beginnt in der Familie

Eine funktionierende Familie ist für die Entwicklung des Kindes die beste Lösung. Vertrauen in die Eltern und „Nestwärme“ sind wertvolle Grundlagen für die Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit. Erziehung beginnt von der Geburt an, vielfach unbewusst. Die Vielfalt der Eindrücke, welche verlässliche Bezugspersonen, nicht zuletzt die Großeltern, auf ein Kind haben, prägt die weiteren Lebensjahre. Ohne Erziehung geht später auch Bildung weitgehend ins Leere. Grundlegende Kenntnisse über Kinderpflege, Versorgung einer Familie sowie gesunde Ernährung gehören aber leider oft nicht mehr zum Allgemeinwissen unserer ansonsten aufgeklärten und modernen Gesellschaft. Diese Dinge brauchen einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft, in Beratungsangeboten und in den Lehrplänen der Schulen, um jungen Eltern und ihrem Nachwuchs den Start so leicht wie möglich zu machen.

Die moderne Arbeitswelt und gesellschaftliche Entwicklungen lassen aber leider immer weniger Platz für funktionierende Familien, womit „der Staat“ auch in der frühkindlichen Phase immer mehr gefordert wird, um die Eltern bei der Betreuung der Kinder zu unterstützen. Wir haben das gar nicht zu bewerten, sondern den zunehmenden Bedarf an Hilfestellung zur Kenntnis zu nehmen und darauf positiv zu reagieren.

2. Tagesmutter/Kinderkrippe/Kindergarten

Eine Möglichkeit der Betreuung gerade der Kleinsten in Ergänzung zur Familie ist das Tagesmuttersystem, das relativ familienähnlich aufgebaut ist und damit den Bedürfnissen der Kleinkinder in diesem Lebensabschnitt vielleicht am nächsten kommt. Ein Ausbau dieser Betreuungsform verdient größtmögliche Unterstützung. Die zunehmenden Forderungen nach mehr Qualifizierung des Personals und Zertifizierung der Einrichtungen mag gut gemeint sein, darf aber nicht so weit führen, dass sich am Ende keine Betreuungspersonen mehr finden. Besteuerung der Einnahmen und Bürokratisierung in diesem Zusammenhang sind unter demselben Gesichtspunkt zu sehen.

Alternativ dazu besteht die Möglichkeit, sich für eine Kinderkrippe zu entscheiden. Zwei Betreuerinnen und eine zweistellige Anzahl an Kindern sind hier heute leider die Regel. Nach einer gewissen Eingewöhnungsphase unter Anwesenheit der Mutter werden hier die Kinder betreut, je nach Wunsch der Mutter nach verschiedenen Buchungszeiten. Der Betreuungsschlüssel darf keineswegs nach finanziellen Gesichtspunkten gewählt werden,

also nach dem Motto: je mehr Kinder pro Gruppe, umso wirtschaftlicher. Dieses Sparen am falschen Ende hat schon im Schulbereich zu schlimmen Fehlentwicklungen geführt, im Bereich der Kleinkinderbetreuung wäre es völlig verantwortungslos.

Aus pädagogischer Sicht zu hohe Gruppengrößen finden sich heute auch im Bereich der Kindergärten, besonders wenn hier auch Zwei- bis Dreijährige mit untergebracht werden. Möglichst individuelle Betreuung ist sicherzustellen, ansonsten sind negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder nicht auszuschließen. Umso mehr gilt dies bei Kindern mit Entwicklungsdefiziten oder Migrationshintergrund.

Wenn wir diesen Weg der Kinderbetreuung außerhalb der Familie heute gehen, dann müssen wir es auch konsequent tun und dürfen weder Kosten noch Mühen scheuen, den Kindern die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. „Bewahren“ allein reicht nicht aus.

Eine Zuständigkeitsverlagerung der Kindergärten an das Kultusministerium ist überfällig. Wir müssen in Zukunft noch deutlich mehr gesamtgesellschaftliche Kräfte und Mittel auf den Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung verwenden, um keine Talente zu verschenken. Ob bessere Honorierung der Erziehungsleistung im Elternhaus oder mehr Steuergeld für die Betreuung außerhalb der Familie, um im Sinne der Kinder alle Möglichkeiten auszuschöpfen und die Eltern auch finanziell möglichst weit zu entlasten: wer hier spart, gefährdet die Zukunft.

3. Erziehungsauftrag der Schulen wird immer wichtiger

Über Bildung hat sich die Öffentlichkeit bisher eigentlich nie groß den Kopf zerbrochen. Man ging eben in die Schule, hatte Vertrauen, dass das, was man lernt seine Richtigkeit hat und Grundlage für das ist, was man später im Beruf braucht. Zusätzlich gab die Familie im Allgemeinen an Werten und Lebensweisheiten so viel mit auf den Weg, dass man für die „Welt“ gewappnet war. Plötzlich aber hören wir, dass viele Schulabgänger zu schlecht „qualifiziert“ sind, um problemlos eine Lehrstelle zu bekommen. Überdies sei das „Sozialverhalten“ in gewissen Fällen einer Einstellung hinderlich. Fragt man in den Schulen nach, hört man, dass vielfach zu wenig Personal und Zeit vorhanden sei, um das Lernpensum an alle zu vermitteln. Auch grundlegende Verhaltensnormen seien seitens des Elternhauses nicht mehr selbstverständlich, und zur Aufgabe der Wissensvermittlung komme immer mehr auch der Erziehungsauftrag hinzu – dafür sei man aber nicht gerüstet. Die Schule als Autorität wird von den Eltern nicht mehr grundsätzlich anerkannt, und eine Drohung mit dem Rechtsanwalt aus verschiedensten Anlässen gegen den Lehrer ist nicht undenkbar.

Genauso, wie unser Bildungssystem schleichend in diese Sackgasse hineingeraten ist, wird es auch nicht von heute auf morgen wieder herauszuholen sein. Aber es ist höchste Zeit, die Sache in Angriff zu nehmen. Sich damit zu verträsten, dass es in vielen anderen Bundesländern noch schlechter aussieht, darf uns in Bayern nicht beruhigen, sondern muss uns alarmieren, dass es noch weiter abwärts gehen kann.

4. Bildungsgrundsätze

Bildung in Bayern soll:

- sich in erster Linie am Wohle der Kinder und ihrer optimalen Förderung ausrichten und sie auf das Leben in der Gesellschaft vorbereiten
- Werte unseres Gemeinwesens vermitteln
- zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit verhelfen
- Herz, Sinne, Leib und Verstand bilden
- Theorie und Praxis in Einklang bringen
- fördernd und fordernd das Kind begleiten, nicht überfordern
- alle Kinder berücksichtigen
- lebenslang möglich sein
- Bildung und Betreuung vernetzen
- in das Leben vor Ort eingebettet sein und die jeweiligen Verhältnisse berücksichtigen
- Chancengleichheit in ganz Bayern gewährleisten

5. Schulstrukturen sind zweitrangig

Dreigliedrig, zweigliedrig oder Gesamtschule? Glaubenskriege vermeiden!

Viele Modelle existieren im Bildungswesen und damit auch viele Meinungen. Kernelement einer funktionierenden Beschulung ist die möglichst individuelle Betreuung der Schüler. Die Schulform ist damit zweitrangig.

Wir dürfen also heute nicht den Fehler machen, den primären Fehler der übergroßen Klassen durch eine Systemdiskussion lösen zu wollen, ohne andererseits das jetzige Schulsystem als allein selig machend und unantastbar zu begreifen. In Finnland mag die Beschulung aller Kinder gemeinsam bis zur neunten Klasse dort Sinn zu machen, wo aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte dann insgesamt 15 Kinder in der Klasse sitzen. Würden 34 oder gar 37 Kinder in dieser Klasse sitzen, wie bei uns in manchen Realschulklassen, würde möglicherweise das Chaos ausbrechen. Wir haben derzeit ein

System, das bereits nach der vierten Klasse verschiedene Schultypen nebeneinander stellt. Hier gibt es positive wie negative Erfahrungen. Vielfach wird eine längere gemeinsame Schulzeit gefordert, um „Spätentwickler“ noch zu erreichen. Es gibt auch Pädagogen, die behaupten, schon in der dritten Klasse sagen zu können, wer nach der vierten Klasse auf welche Schule geht. Begabte und Interessierte seien in der gemeinsamen vierjährigen Grundschule oftmals schon unterfordert, andere leiden unter Leistungsdruck.

Je individueller auf das einzelne Kind eingegangen werden kann, umso besser ist das Gesamtergebnis. So wie sich das Schulsystem in den letzten Jahrzehnten gewandelt und weiterentwickelt(?) hat, wird es das auch in den nächsten Jahrzehnten tun. Wir haben aber heute keine Zeit für revolutionäre Strukturdebatten, sondern müssen schnellstmöglich die aktuellen Probleme lösen, um dann in Ruhe die nächsten Schritte angehen zu können – sofern sie dann überhaupt noch nötig sind.

6. Unsere Forderungen für die einzelnen Schulformen

6.1 Grundschule – wohnortnah und überschaubar soll sie sein!

Klassengrößen bis 20 Schüler wären wünschenswert, 25 Schüler sollten die absolute Obergrenze sein – wieder abhängig vom Entwicklungsstand der Kinder. Jahrgangskombinierte Klassen können eine gute Lösung sein, um Schulstandorte wohnortnah zu erhalten. Auch hier wird es jenseits der Klassenstärke von 20 Schülern zunehmend schwierig, den Unterricht entsprechend zu gestalten. Deshalb gilt auch hier: dies darf kein Sparmodell sein, um Lehrer zu sparen und dann bis zu 30 Kinder unterschiedlicher Jahrgangsstufen in einer Klasse zusammenzustecken. Grundsätzlich müssen hier mehr Mitsprache und Entscheidungsspielraum bei der Schule, den Eltern und Kommunen sein, um individuell gute Lösungen verwirklichen zu können.

Entscheidungsspielraum „auf dem Papier“ hilft nicht weiter, wenn dann vom Ministerium keine Lehrerstellen genehmigt werden oder anderweitig Schwierigkeiten gemacht werden. Grundschulen gehören zu den Gemeinden. Schülertourismus, also weite Schulwege als Folge zunehmender Zentralisierungs- und „Spar“bemühungen lehnen wir strikt ab. Nicht selten übersteigen am Ende die zusätzlichen Fahrtkosten die Einsparungen beim Lehrpersonal, was durch Großklassen erreicht wird. Das wollen die Freien Wähler nicht. Hier muss auch im Gesamtzusammenhang gedacht werden: Die Kommunen zahlen in hohem Maße für den Transport, der Freistaat für das Lehrpersonal. Dies darf aber keine Begründung für falsche Weichenstellungen zu Ungunsten der Kinder, Eltern und

Kommunen sein.

Zu viel Leistungsdruck vermeiden – vernünftige Rahmenbedingungen sicherstellen
Kinder sollen Freude an der Schule haben und diese auch behalten! Diese verliert sich aber meist eine gewisse Zeit nach der Einschulung. Bewertung und Benotung müssen wohl sein. Sie dürfen aber nicht in der Grundschule bereits eine so „existenzentscheidende“ Bedeutung einnehmen, dass ein Teil der Kinder mit Psychopharmaka behandelt wird, um dem Leistungsdruck zu begegnen oder den Eltern hohe finanzielle Belastungen für privat bezahlten Nachhilfeunterricht ihrer Kinder bereits im Grundschulalter abzuverlangen.

Kleine Klassen und damit mehr Zeit für das einzelne Kind wären auch hier vielfach der erste Schritt zur Problemlösung. Es ist grotesk, wenn die Steuer zahlenden Eltern mit eigenem Geld zusätzlich nachbessern müssen, was die „offizielle“ Schule nicht mehr leisten kann. Damit ist die Kostenfreiheit des Schulsystems in Frage gestellt und Bildung hängt plötzlich doch „vom Geldbeutel der Eltern ab“. Eng verbunden ist hiermit auch der zunehmende Trend zu Privatschulen. Wenn Eltern mit dem staatlichen Bildungssystem nicht mehr zufrieden sind, versuchen sie – sofern sie es sich leisten können – ihre Kinder „freizukaufen“ und auf Schulen zu schicken, in denen sie bestimmen, was passiert.

Eine verantwortliche Politik muss diese Zeichen erkennen und dort gegensteuern, wo das Unbehagen herkommt. „Kleinere Klassen, mehr Lehrer, vernünftiges Unterrichtsklima“ ist meist die Antwort auf die Frage, was sich Eltern von der Grundschule wünschen.

6.2 Hauptschule – von der Politik vergessen

Vor allem aus dem Hauptschulbereich kommen derzeit die Forderungen nach einer grundlegenden Reform des Bildungswesens - bis hin zum Zusammenschluss mit der Realschule. Die Realschulbefürworter hören das nicht gerne und fordern, die Hauptschule müsse ihre Probleme selbst in den Griff bekommen. Es ist auch zu erwarten, dass eine „Zwangsvereinigung“ ohne vorherige Sanierung der jeweiligen Problemzonen zu Absetzbewegungen der Realschüler Richtung Gymnasium oder zum „Herauskaufen“ der Kinder betuchter Eltern auf Privatschulen führen würde. In ländlichen Regionen mit Schülerknappheit hat eine Zusammenführung von Haupt- und Realschule – vielleicht auch nur unter ein gemeinsames Dach – den Charme, die wohnortnahe Beschulung sicherzustellen. Siehe Finnland oder siehe jahrgangskombinierte Grundschulklassen. Jahrgangskombinierte Hauptschulklassen könnten auch bei bestandsgefährdeten Hauptschulstandorten eine Lösung sein. Was aber aufgrund zu starrer Vorgaben „von

oben“ in der momentanen bayerischen Bildungspolitik noch nicht möglich ist. Deshalb: mehr Mitsprache für Schule, Eltern, Kommunen!

Wo liegt das Problem der Hauptschulen? Der Hauptschulabschluss reicht in vielen Berufen heute nicht mehr aus, um eine Lehrstelle zu bekommen. An die 10% der Schüler verlassen die Hauptschule ohne Schulabschluss. Außerdem hat die Schule in einigen Kreisen den Ruf, Auffangbecken für diejenigen zu sein, die es nicht „zu mehr“ geschafft haben. Obwohl der Großteil der Hauptschulabsolventen durchaus seine Leistung im Beruf bringt, reicht dieses Negativimage leider aus, dass sie oftmals gar nicht die Chance bekommen, sich zu beweisen. „Sicherheitshalber“ greifen die Personalabteilungen der Firmen dann gleich auf Realschüler oder Gymnasiasten zu.

Die Hauptschule muss noch mehr auf die Berufsvorbereitung ausgerichtet sein. Das Handwerk bekennt sich zur Hauptschule, fordert aber bessere Qualifikationen und „Sozialkompetenz“. Der Lösungsansatz der derzeitigen bayerischen Bildungspolitik versucht mit einem „Profilsystem“ drei verschiedene Ausbildungsschwerpunkte im Hinblick auf die Berufsvorbereitung besonders zu vertiefen. Dies mag zwar fachlich gesehen in die richtige Richtung gehen, wirft aber das neue Problem auf, dass sich die ohnehin rückläufigen Schülerzahlen wieder auf verschiedene Kurse aufsplitten und am Ende wieder der Bestand von Schulen in Frage gestellt wird, die jetzt noch existieren können.

Schülertourismus als Ausweg? Noch mehr Zeit und Geld auf der Strecke lassen? Nein! Sich in Ruhe ums Wesentliche kümmern, bringt hier mehr. Mehr Praxis muss rein in die Hauptschulen. Der Ausbildungsbetrieb muss sich darauf verlassen können, dass zumindest Lesen, Schreiben und Rechnen sitzen und darüber hinaus ausreichender Praxisunterricht einen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen jungen Menschen erwarten lassen, wenn er nach neun oder zehn Schuljahren aus der Hauptschule kommt. Nur dann hat auch die Hauptschule wieder eine Zukunft.

Dazu benötigen aber die Hauptschulen wesentlich mehr Lehrpersonal. Dann werden diese Schulabgänger auch wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen und haben mehr davon, als wenn ihre Probleme durch eine Vermischung von Haupt- und Realschulen versteckt werden sollen. Falsche bildungspolitische Rahmenbedingungen und politisch verdrängte gesellschaftliche Fehlentwicklungen führen gerade in den Hauptschulen zum offenen Aufbrechen von Problemen. Die Politik hat hier zu lange weggesehen. Diese Probleme sind mittlerweile das Kernproblem der bayerischen Bildungspolitik. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, kommt das gesamte Bildungssystem in eine Schiefelage und der Ruf nach einem Systemwechsel wird immer lauter – ob berechtigt oder nicht.

6.3 Realschule – Lehrermangel!

Der Hauptwunsch der Realschulvertreter ist die Absenkung der übergroßen Klassenstärken. Das Ziel der Staatsregierung, „in den nächsten Jahren“ die Obergrenze von 33 Schülern pro Klasse „anzustreben“, reicht nicht aus. Hunderte von Klassen liegen derzeit darüber, die Schülerzahlen steigen weiter, es fehlen momentan 500 bis 1000 Lehrkräfte allein im Realschulbereich. Viel Unterricht fällt dem Rotstift zum Opfer.

Zu lange wurde diese Entwicklung nicht erkannt. Lehrer kosten ja Geld, und das brauchen wir offensichtlich, um einen „ausgeglichenen Haushalt“ präsentieren zu können. Es ist himmelschreiend, was in den letzten Jahren an Wahlunterricht an den Realschulen zusammengestrichen wurde. Schon der Vormittagsbetrieb ist nur mit viel Einfallsreichtum der Rektoren aufrecht zu erhalten, der zunehmende Wunsch nach Ganztagsbetrieb wenigstens einiger Klassen bleibt auf absehbare Zeit meist nur ein Wunsch. Dabei haben die Realschulabgänger noch eine relativ hohe Akzeptanz in der Berufswelt. „Noch“!? Dringend müssen also die Rahmenbedingungen verbessert werden und der Druck überfüllter Klassen auf Lehrer und Schüler muss der Vergangenheit angehören.

Schlechte Rahmenbedingungen machen krank und frustrieren – und wer soll da noch Lehrer werden wollen? Der Kultusminister beteuert, alles einstellen zu wollen, was halbwegs nach Lehrer aussieht – es stehen auch die Wahlen vor der Tür. Leider kommt aber niemand, weil über Jahre hinweg kaum junge Lehrer übernommen wurden und somit zu wenig Studienanfänger Lehramt studiert haben. Melden sich aber dann doch einige, werden ihnen Verträge vorgelegt, die nicht akzeptabel sind. Teilzeit, Angestellter usw. Wer gut ist, findet etwas Besseres! Wir brauchen aber die Guten als Lehrer, und die fehlen mehr und mehr.

Grundsätzlich ist es nötig, mehr Praxis in die Schulen zu bringen. Und das über alle Schularten hinweg. Dies muss in stärkerem Maße durch Handwerksmeister, Ingenieure usw. aus der freien Wirtschaft passieren, die ihr Wissen einbringen und trockene Theorie durch aktuelle Erfahrung ersetzen und deshalb auch kaum Akzeptanzprobleme bei den Schülern haben. Ein Lösungsansatz, um an praxisorientiertes Lehrpersonal, besonders für den technischen Bereich, zu kommen, wäre die Zulassung von FH-Absolventen zumindest für Hauptschulen und Realschulen, die nach einer pädagogischen Zusatzausbildung eingesetzt werden könnten. Unverständlich, dass dies nur bei Uni-Absolventen „erlaubt“ ist. Alte Zöpfe abschneiden!

6.4 G8 – ohne Einbeziehung der Betroffenen

Die überstürzte Einführung des achtjährigen Gymnasiums nach der Landtagswahl 2003 ist Sinnbild einer Vorgehensweise, die wir nicht akzeptieren. Relativ phantasielos wurde der Unterrichtsstoff von vorher neun Jahren in acht Jahre hineingestopft. Folge ist eine zeitliche Beanspruchung der Schüler, die dem Ziel einer ganzheitlichen Entwicklung und Bildung zuwiderläuft und schnellstens korrigiert werden muss. „Vorrücken auf Probe“ von Schülern, die das geforderte Lernpensum nicht geschluckt haben, dient auch der Vertuschung einer politischen Fehlentscheidung. Der erste Fehler soll durch einen zweiten Fehler korrigiert werden.

Durch die zunehmende zeitliche Beanspruchung der Schüler bleibt zu wenig Zeit für Hobbys, Sport und ehrenamtliches Engagement. Gerade hier würde aber Verantwortungsübernahme und Sozialverhalten erlernt, was durch theoretisches Fachwissen nicht vermittelt wird. Dieser zunehmende Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben führt dazu, dass Gymnasiasten mehr und mehr abgeschirmt von der Öffentlichkeit im Lernzimmer aufwachsen – keine guten Voraussetzungen für spätere Führungskräfte, von denen menschliche Kompetenz verlangt wird. In zehn Jahren wundern wir uns, dass „Kommunikationsprobleme“ zwischen Führungskräften und Untergebenen „auftreten“. Aber für solche Probleme gibt es ja dann wieder teure Weiterbildungen, „zertifiziert“ natürlich.

Junge Leute sollen zu ausgeglichenen Persönlichkeiten heranwachsen können, was immer schwieriger wird, je mehr Lernstoff in kurzer Zeit zu bewältigen ist. Die Warnungen von Lehrern, Rektoren und Elternvertretern aus dem Gymnasialbereich wurden seitens der politisch Verantwortlichen nicht beachtet – wer eine Zweidrittelmehrheit hat, braucht sich nicht belehren zu lassen! Die Stofffülle am Gymnasium bringt den Zwang zum Nachmittagsunterricht mit sich, wobei der Großteil der Gymnasiasten aus einem sozialen Umfeld kommt, das nicht unbedingt einer Ganztagsbeschulung bedarf. In der Hauptschule dagegen, wo es vielfach sinnvoll wäre, Ganztagsklassen einzurichten, um den Lernerfolg sicherzustellen und zusätzliche Erziehungsaufgaben bewältigen zu können, fehlt das Geld für den Ganztagsbetrieb.

Wenngleich das gymnasiale Selbstverständnis auf die Vermittlung abstrakten Wissens abzielt, ist auch hier mehr Praxisbezug einzubauen, um die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Fehlendes grundlegendes Allgemeinwissen, Unkenntnis über Maße, Gewichte oder Prozente bei Abiturienten lassen auch hier vielfach die Frage aufkommen, ob trotz so viel Unterrichtsstoff in acht Jahren keine Zeit hierfür war. Es ist also geboten, den Unterrichtsstoff des G8 zu durchforsten, um den Blick für Zusammenhänge zu öffnen,

anstatt stures Bewältigen von Lernmasse zu praktizieren, die nach kurzer Zeit doch vergessen wird. Zumindest in der Oberstufe ist mehr fächerübergreifender Unterricht einzuführen.

Das Gymnasium wird überwiegend als Königsweg zum Erlangen der Hochschulreife angesehen, dabei findet eine in etwa gleich große Zahl an Studierwilligen über die Fachoberschule und Berufsoberschule den Weg zum Studium. Die Gymnasien brauchen mehr Lehrpersonal, die Schulen selbst sprechen von durchschnittlich zwei bis vier Personen je Schulstandort. Nicht zielführend ist die derzeit vom Kultusministerium praktizierte Methode, dem Rektor ein Budget von einigen tausend Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen, mit dem er sich „auf dem freien Markt“ Lehrer besorgen soll, die es aufgrund falscher bildungspolitischer Weichenstellungen der letzten Jahre gar nicht gibt – schon gar nicht für wenige tausend Euro im Jahr. Der Trend zum Gymnasium ist ungebrochen, das ist gut so. Die Rahmenbedingungen für die Schüler müssen aber verbessert werden!

Zunehmende Schülerzahlen dürfen nicht in Mammutstandorten mit deutlich über 1000 Schülern untergebracht werden, sondern in überschaubaren neuen Schulstandorten mit dem Effekt der Dezentralisierung. Der allgemeine Ruf nach mehr Abiturienten verlangt also beste Lernbedingungen an den Gymnasien. Die Politik ist gefordert, schnellstens zu handeln, sonst werden private Lösungen ohne den Staat gesucht und gefunden.

6.5 Förderschule

Schulen machen offensichtlich nur dann Schlagzeilen, wenn etwas schief läuft – oder wenn sie eine Lobby haben. Es gibt aber auch an den Schulen Verbesserungsbedarf, die nicht so stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Förderschulen, Schulen für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Auch hier brauchen wir dringend mehr Betreuungskapazitäten, um die Eltern zu entlasten, mehr Nachmittagsbetreuung, um die Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen.

6.6 Berufsschulen

Viele Berufsschulen leiden unter einer maroden Bausubstanz, die Ausstattung entspricht häufig dem Standard der Elterngeneration der jetzigen Schüler. Am Material darf Ausbildung nicht scheitern.

Berufsoberschulen und Fachoberschulen stellen den beruflichen Bildungsweg zur Hochschule dar, der zu Unrecht etwas im Schatten des gymnasialen Weges steht. Eine

Aufwertung dieses Weges durch beste Unterrichtsbedingungen wertet auch Realschule und insbesondere Hauptschule auf. Der scheinbare Zwang, unbedingt aufs Gymnasium gehen zu müssen, um auf „Nummer Sicher“ zu gehen, selbst wenn die Voraussetzungen fehlen, kann dadurch entschärft werden. Das Mehr an Praxisbezug des beruflichen Bildungsweges kann bei einigen Berufsfeldern durchaus als Vorteil gesehen werden.

6.7 Hochschule – in Bewegung

Die Internationalisierung der letzten Jahre hat auch vor den Hochschulen nicht Halt gemacht. Der Arbeitsmarkt verlangt von den Studenten zunehmend Auslandserfahrung. Die Abschlüsse Bachelor und Master haben auch in der deutschen Hochschullandschaft Einzug gehalten – und viele deutsche Studenten suchen nach dem Studium ihr berufliches Glück im Ausland. Die heimische Hochschullandschaft muss internationalen Standards gerecht werden, sonst gehen junge Leute vermehrt an renommierte Hochschulen im Ausland, trotz der vielfach hohen Studiengebühren dort.

Viele Studenten scheinen sich auch hierzulande mit den Studiengebühren abgefunden zu haben. Die Freien Wähler meinen aber, dass das kostenlose Erststudium möglich sein müsste. Studiengebühren versprechen jedoch bessere Studienbedingungen und werden deshalb von vielen Studenten akzeptiert. Auffällige, überfüllte Hörsäle sind leider vielfach an der Tagesordnung. Moderne Ausstattung, gute Professoren kann der Staat aus eigener Kraft scheinbar nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Wirtschaft steigt mehr und mehr in die Finanzierung mit ein. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass die Unabhängigkeit der Hochschulen nicht aufgegeben wird.

Die Wirtschaft ruft nach mehr Hochschulabsolventen, Ingenieurmangel wird vorhergesagt. Auch vor diesem Hintergrund braucht Bayern bessere Studienbedingungen und ein Erststudium ohne Studiengebühren. Die Zahl der Studenten wird weiter steigen. 38 000 zusätzliche Studienplätze sollen bis 2011 in Bayern entstehen. Neu zu schaffende Studienplätze sind auch ein Konjunkturprogramm für die jeweilige Region. Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter bringen Leben und Kaufkraft, Wohnungen werden gebraucht. Wo möglich, sollen strukturschwache Regionen beim Auf- oder Ausbau von Hochschulen bevorzugt werden. Es gibt diesbezüglich eine Reihe von Erfolgsgeschichten, die als Vorbild dienen können.

7. Erwachsenenbildung

Die Volkshochschulen stellen eine Art kommunale Zentren für die Weiterbildung von

Erwachsenen dar. Ziel ihres umfassenden Bildungsangebotes ist eine gemeinwesenorientierte Weiterbildung, die alle Sparten abdeckt, von der Alphabetisierung über das Nachholen von Hauptschulabschlüssen bis zum Computerkurs. Für eine Wissensgesellschaft, die auf lebenslangem Lernen basiert, sind die flächendeckenden Volkshochschulangebote eine unverzichtbare Infrastruktur, um die Funktion der Gesellschaft abzusichern.

Vielfach ist dieses Bildungsangebot in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt. Die Bedeutung der Volkshochschulen muss in der Wissensgesellschaft der Zukunft noch einen höheren Stellenwert einnehmen, eine stärkere Verzahnung mit anderen Bildungseinrichtungen kann wertvolle Synergieeffekte auslösen. In schlechter Erinnerung ist noch der Versuch des Freistaates vor einigen Jahren, zur Sanierung des Staatshaushaltes die staatliche Mitfinanzierung in diesem Bereich zu streichen. Dort, wo die Haushaltsmittel der Volkshochschulen nicht ausreichen, um die Kursnachfrage zu befriedigen, ist eine gezielte und überschaubare Mittelaufstockung gerechtfertigt.

F. Der Familie eine Chance!

1. Familien stützen die Gesellschaft

Die Statistik beweist es: immer mehr Menschen bestreiten ihr Leben in Singlehaushalten, immer mehr Kinder wachsen bei allein erziehenden Eltern auf, immer mehr Senioren verbringen ihren Lebensabend nicht mehr im Kreise einer Familie.

Wertewandel und moderne Arbeitswelt mit dem Zwang zu Mobilität haben einen nicht geringen Anteil an dieser Entwicklung. Dabei ist der Wunsch nach Familie bei den meisten Menschen ungebrochen, nur eben nicht immer ganz einfach zu realisieren. Familie gibt Geborgenheit, bietet Rückzugsmöglichkeit bei Schwierigkeiten des Alltags. Kinder können von den Lebenserfahrungen der Großeltern profitieren und Eltern werden entlastet, wenn Kinder bei Oma und Opa beschäftigt sind. Viele Einrichtungen, die der Staat heute bereitstellen muss, sind Folge der zunehmenden Individualisierung und des Zerfalls traditioneller Familienstrukturen.

Ob Kinderkrippe, Mittags- und Nachmittagsbetreuung oder Seniorenheim - die Leistungen, die bisher und vielfach auch heute noch Mütter und Hausfrauen scheinbar selbstverständlich und unentgeltlich erledigt haben, müssen plötzlich von kostenintensiven Einrichtungen aufgefangen werden. In diesen Einrichtungen arbeiten dann irgendwie wieder dieselben Personen gegen Bezahlung und müssen andererseits bei Leistungsempfang bezahlen, aber es ist eben außerhalb der Familie organisiert, es wird dafür Geld hin- und hergeschoben und es werden Leistungstabellen ausgefüllt. Die Arbeit bleibt dieselbe: Kinder sind zu betreuen und Senioren sind zu pflegen. Vielfach wird dabei mehr Arbeitszeit auf dem Papier vergeudet als an Betreuungszeit dem Mitmenschen zugute kommt.

Der Staat tut also gut daran, der Familie wenigstens eine Chance zu geben, ohne andererseits das Leben in der Familie als staatliche Zielvorgabe zu verordnen und z.B. durch das Vorenthalten von Kinderbetreuungseinrichtungen denen das Leben schwer zu machen, die - aus welchen Gründen auch immer - der Zielvorgabe nicht gerecht werden können. Gerade in der Stadt ist häufig schon eine Mietwohnung für eine mehrköpfige Familie für einen Normalverdiener kaum bezahlbar. Eine Metropolpolitik, die die Zusammenballung von immer mehr Menschen auf engem Raum zum Ziel hat oder zumindest zur Folge hat, ist eine Ursache dieser Entwicklung.

100 000 Einwohner mehr in München in 15 Jahren werden die Mietpreise nicht sinken lassen. Der dafür leer stehende Wohnraum in ländlichen Gebieten hilft auch nicht weiter, weil dort die Arbeitsplätze fehlen, die Schulen geschlossen wurden und die medizinische Versorgung nicht mehr gesichert ist. Förderung des ländlichen Raumes – versprochen im

Fünfjahresrhythmus vor den Wahlen. In der Stadt müssen meist beide Elternteile wegen der hohen Lebenshaltungskosten arbeiten, was aber tun mit den Kindern?

2. Familien entlasten

Betreuungseinrichtungen zehren das Einkommen einer Person beinahe wieder auf. Wir müssen dorthin kommen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen so gut wie kostenfrei angeboten werden, genau wie die Schule. In Frankreich geht das, im reichen Bayern noch nicht.

Als erster Schritt muss das letzte Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei gestellt werden – als schulvorbereitendes Pflichtjahr unter der Zuständigkeit des Kultusministeriums. Zug um Zug muss die Kostenfreiheit dann nach unten fortgesetzt werden.

Es ist auch an der Zeit, auf das finanzielle Schicksal von Elternteilen hinzuweisen, die eine gescheiterte Beziehung hinter sich haben. Es darf nicht sein, dass der Versuch einer Familiengründung so stark sanktioniert wird, dass der zahlungspflichtige Elternteil „keinen Boden mehr unter die Füße bekommt“, was die Gründung einer neuen Partnerschaft schon von vorneherein schwer belastet.

Größere gesamtgesellschaftliche Unterstützung für Eltern in Form kostenfreier Betreuungseinrichtungen für ihre Kinder ist eine Möglichkeit, insgesamt mehr Mut zu Familie und Kinderwunsch zu machen, da das Risiko für Leute mit Kinderwunsch überschaubarer wird. Schon der Ausdruck „Mut zu Kindern“ zeigt ja, dass man sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mit einem Kind auf ein Wagnis einlässt und fürchten muss, am Ende mit der Situation nicht fertig zu werden. Hier muss die Solidargemeinschaft im eigenen Interesse mehr Unterstützung leisten. Selbst die Steuerpolitik kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, z.B. durch Familiensplitting.

3. Senioren in die Gesellschaft zurückholen

Auch am anderen Ende des Lebensabschnittes muss einiges zurechtgerückt werden. Die Erfahrungen und das Potential von rüstigen Senioren dürfen nicht länger brach liegen. Ob im ehrenamtlichen, sozialen oder kommunalen Bereich – es gibt viele Tätigkeiten, bei denen wir auf die Tatkraft und Erfahrungen der Generation 60+ noch mehr als bisher zurückgreifen müssen.

Dies gibt auch den Senioren wieder Lebensfreude zurück und das wertvolle Gefühl, „gebraucht zu werden“. In jeder funktionierenden Gesellschaft und auch in der Familie ist es selbstverständlich, dass sich Menschen für das Gemeinwesen einbringen wollen,

solange sie das irgendwie können. Nur unsere „moderne“ arbeitsteilige Welt glaubt, Menschen zu Beginn des letzten Lebensdrittels, oft schon ab 55 Jahren, trotz beinahe voller körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit aussortieren zu müssen, um dann vor einer „Rentnerwelle“ zu warnen, die immer schwerer zu finanzieren sei.

Es ist unverständlich, warum die Pflege eines Familienangehörigen zu Hause nur mit einem Bruchteil der Summe honoriert wird, die für die Heimpflege abgerechnet wird. Ebenso ist es eine Fehlentwicklung, dass Pflegekräfte, obwohl nicht sonderlich gut bezahlt, zu immer mehr Leistung und „Durchsatz“ angetrieben werden, wobei die individuelle Betreuung der Pflegepersonen zunehmend auf der Strecke bleibt. Das darf in einer humanen Gesellschaft nicht zwangsläufiges Schicksal am Ende des Berufs- und Steuerzahlerlebens sein!

Wo die Familie nicht einspringen kann oder wenn eigene Kinder fehlen, ist an den Aufbau von Betreuungsnetzwerken für Senioren zu denken. Vielfach sind es nur einige kleine Handreichungen, die täglich nötig sind, um die teure Heimunterbringung noch einige Jahre hinauszuschieben. Es bietet sich an, hierzu sozial engagierte Mitmenschen, gerade auch rüstige „Senioren“, aus dem näheren Umfeld zu vermitteln, die gegen anständige Bezahlung die kleinen Dinge des Alltags erledigen helfen. Frühstück zubereiten, die Wohnung pflegen, Einkäufe erledigen, etwas persönliche Ansprache bieten, und die eigene Wohnung, die gewohnte Umgebung und Nachbarschaft brauchen noch nicht gegen einen Heimplatz getauscht zu werden. Der Betreuer kann sich möglicherweise nacheinander um mehrere hilfsbedürftige Personen kümmern, hat dadurch eine Aufgabe, kann verdienen oder sich die Rente aufbessern und spart der Allgemeinheit noch einen beachtlichen Teil an Pflegekosten und bringt Menschlichkeit in den letzten Lebensabschnitt zurück. Einfallsreichtum ist gefragt und unbürokratische Lösungen müssen möglich gemacht werden. Das gelingt jedoch nur, wenn man den Irrglauben ablegen kann, alles müsse hochhoffiziell bürokratisch erfasst und zertifiziert sein, wobei aber am Ende Papier und Realität oftmals nicht übereinstimmen.

Die vorliegenden Leitlinien beleuchten wichtige Bereiche aus dem Alltag unserer Bürgerinnen und Bürger. Bereiche, auf die auch bayerische Politik Einfluss nehmen kann, wenn Einsicht und Wille vorhanden sind. Wir Freien Wähler stehen für eine Politik, die sich bürgernah, unabhängig und sachorientiert für die Zukunft unserer Gesellschaft einsetzt.